

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag der E. Meißners Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bez. 20. aufrich. 25 J. Rekl.-Z. 80 J mit Anl.-Steuer. Kollekt-Anzeigen 100%, Zuschlag. Oherie u. Auskunftsverteilung 20 J. Bei groß. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nichterfolgens hinfallt, wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Fortänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Nachr. wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 115.

Donnerstag, den 20. Mai 1926.

84. Jahrgang.

Deutschland.

München, 19. Mai. Auf einem Festabend der Bayerischen Ringvereine zu Ehren des Kronprinzen Rupprecht erklärte der zweite Landesvorsitzende, Justizrat Becker, daß die Ringvereine alles daran setzen werden, um auf friedlichem Wege bald ein Ziel zu erreichen. Jeden Fußsch lauten sie aber mit Bestimmtheit ab.

München, 18. Mai. Wegen der Flaggfrage gerieten in einer letzten Sitzung einige junge Leute in einen Streit. Aus dem Verlauf der Diskussion wurde die Auseinandersetzung auf der Straße fortgesetzt. Es kam zu einem heftigen Streit, bei dem ein Kaufmann durch zwei Messerstiche in die Brust tödlich verletzt wurde.

Berlin, 19. Mai. Die Reichsregierung beabsichtigt nach Beschlüssen des Reichstags einen besonderen Antrag auf Bildung eines Ausschusses zur Schaffung einer Einheitslagge vorzulegen. Es ist beabsichtigt, daß an diesem Ausschuss nicht nur Reichsminister, sondern auch Minister und Reichsminister teilnehmen sollen. Der Berliner Polizeipräsident hat den Finanzkongress des Roten Frontkämpferbundes genehmigt. Die zuständigen Stellen rechnen damit, daß gegen 80 000 Kommunisten in Berlin von außerhalb zusammenkommen werden. Neben aus der Stettiner Gegend sind 60 Sonderzüge, von Hamburg 30 und aus Halle 30 Sonderzüge gemeldet. Für die Schulpflicht ist die fogen. Warmstufe festzulegen. Es werden in Berlin 14 000 Mann Schulpflichtig aufgenommen werden. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Befreiung der Familienlage, gegen dessen Verweigerung an den Reichsausschuss die Deutsche Volkspartei Einspruch erhebt, hat eine neue Komposition gefordert.

Gegenwartstragen der Kommunal- und Finanzpolitik der Gemeinden.

Stuttgart, 18. Mai. Vor einem zahlreichen Publikum, das alle Kreise des öffentlichen und privaten, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens umfaßt, sprach heute der neue Präsident des deutschen und preussischen Städtebundes Dr. Robert, der wegen dem in die Städte einen Besuch abstattet, über die Ziele moderner Kommunal- und Finanzpolitik. Er wies eingehend auf die Bedeutung des gegenwärtigen Zeitpunktes hin, die darin bestünde, daß wichtige Fragen finanzieller und organisatorischer Art der endgültigen Lösung entgegen gebracht werden müßten. Er betonte, daß es in solchen Lebensfragen die Betonung eines einheitlichen Standpunktes nicht geben dürfe. Verwaltungs- und Finanzreform müssen aus dem Stadium der Erwägungen in das der praktischen Durchführung gebracht werden. Organisation und Verwaltung tragen noch starke Merkmale eines verfallenen und finanziellen Durchstehens. Die Reichsfinanzreform des Jahres 1919/20 ist in ihrer grundsätzlichen Tendenz noch über die Reichsreform hinaus gegangen. Die gleiche Tendenz der Reglementierung und Eintragung ist auf allen Gebieten öffentlicher Verwaltung anzusehen, in denen das Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden eine Rolle spielt. Überall ist die Selbstverwaltung eingeschränkt. Mindestens 1/3 der gesamten kommunalen Aufgaben sind zwangsweise festgelegt. Eine grundsätzliche Neuordnung ist unerlässlich. Das Hauptziel jeder Verwaltungsreform muß die Wiederherstellung der Selbstverwaltung sein. Die verantwortlichen Entscheidungen müssen in die Selbstverwaltung überlassen selbst hinein verlagert werden. Das staatliche Aufsichtsrecht bedarf geistlicher Regelung. Die Staatsaufsicht ist unter Vermeidung von Sonderbehörden durch die Organe der kommunalen Aufsicht zu über. Die Beziehungen der einzelnen Selbstverwaltungsförderer untereinander sind in einem gewissen Grade gegenwärtiger Ausdehnung und Ergänzung entgegenzustellen. Die Dankschuldgebahrung der Gemeinden war lange Zeit dadurch charakterisiert, daß die Gemeinden nicht imstande waren, mangels außerordentlicher Deckungsmöglichkeiten eine ordnungsmäßige Abrechnung zwischen außerordentlichen und ordentlichen Einnahmen durchzuführen. Dies änderte sich in dem Maße, als die Gemeinden dazu übergeben konnten, zunächst im einzelnen und dann auch im Inlande Anleihen aufzunehmen. Für jeden Haushalt gilt als oberer Grundriss: Keine Ausgabe ohne Deckung. Die Belastung der Wirtschaft durch die Gemeinden ist verhältnismäßig viel geringer als diejenige, die durch das Reich und die Länder verursacht wird. Nur die letzte geistliche Verteilung auf die einzelnen Steuerarten ist vielfach unzureichend. Auf der Einnahmenseite ist eine reichliche Schiedung der Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden anzustreben und die Beweglichkeit der Gemeinden in der Ausgestaltung ihrer Einnahmen wieder herzustellen. Das Übergewicht liegt bei den Steuern und unter diesen auf der Wiederentfaltung eines selbständigen Anteilsrechtes der Gemeinden an der Einkommensteuer, zu dessen Ergänzung sich ein gewisser Vorkaufszins, etwa aus dem Anfall der Einkommensteuer, in Erwägung gezogen werden kann. Zusammenfassend ist der Vortragende das Ziel moderner Kommunal- und Finanzpolitik darin, die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für eine wirkliche Selbstverwaltung zu schaffen; denn werde sich zeigen, daß Initiative und Selbstverantwortung auch in der heutigen Zeit nicht geringer als in der früheren geworden sind. Der Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Oberbürgermeister Dr. Lauterbach schloß im warmsten Dank ab.

Der Inhalt der Regierungserklärung.

Berlin, 19. Mai. Dem Berliner Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse“ gegenüber hat sich Reichkanzler Marx dahin geäußert, daß er in der Regierungserklärung auf die schwersten Wirtschaftsprobleme mit Ausnahme der Erwerbslosenfrage nicht eingehen werde. In der Flaggfrage erklärte Marx, daß die Regierungserklärung auf den Reichstagsbeschlüssen aufbaut. Oberbürgermeister Dr. Lauterbach nahm an und wird dann weiter sagen, daß die Regierung alles aufwenden wird, um eine Lösung der Flaggfrage herbeizuführen, die den Streit beendet und eine Einigung herbeizuführen

lann. Auch die Flaggverordnung, die den Konflikt mit dem vorderigen Kabinett herbeizuführen hat, werde ich erwähnen, und ich habe die Absicht, zu sagen, es könne nicht zweifelhaft sein, daß die Verordnung zu Recht besteht. Ich denke, daß sich auch die Linke wird einverstanden erklären können. Sollten die Deutschnationalen in der Debatte an mich die Frage richten, ob ich bereit bin, die Flaggverordnung sofort zur Ausführung zu bringen, so werde ich einfach auf das verweisen, was in der Regierungserklärung gesagt ist. Ich habe ja als Reichskanzlerminister im vorigen Kabinett der Flaggverordnung zugestimmt und kann auch heute nicht finden, daß sie eine Verabsicherung von Schwarzrotgold enthält. Von der Festschließung wird, wie Marx weiter mittelte, die Regierungserklärung wahrscheinlich nicht sprechen. Er sei der Ansicht, daß der Kommissionsbericht so reich wie möglich dem Reichstag vorgelegt werden müsse, daß der Reichstag ihn beschleunigt durchberaten und nach Beendigung der ersten Sitzung an den Reichsausschuss, und zwar wenn möglich noch vor dem Volkentag, verweisen solle. Im weiteren Verlauf der Unterredung verließ der Kanzler, die Beziehungen Deutschlands zu Österreich besonders zu besprechen. Er behauptete in diesem Zusammenhang lebhaft, daß er durch die Übernahme des Kommissionsamtes sich die beschleunigte Teilnahme an der Bräutigamsfeier in Wien versagen müsse. Zum Schluß ließ Marx sich über die Aufnahme aus, die die Regierungserklärung vermutlich im Reichstag finden werde. Er äußerte die Befürchtung, daß die Deutschnationalen, die über die am Sonntag zwischen Volkspartei und Zentrum getroffene Vereinbarung sehr erbot wären für ein Nichtausbrotum stimmen würden. Für den Fall sei aber, worauf wir schon hinwiesen, die Unterstützung der Sozialdemokratie so gut wie gewiß. Der Reichskanzler beendete das Gespräch mit dem Veneraten, daß sich nicht werde natürlich nach wie vor die Bildung einer festen Mehrheit. Das sicherste Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sei die Große Koalition.

zur Vorgeschichte der Budgetkrisis.

Berlin, 19. Mai. Wie die „Deutsche Zeitung“ mitteilt, hat der Oberst v. Lutz gegen den Polizeivizepräsidenten Dr. Friedensburg einen Antrag wegen Freiheitsberaubung gestellt. Friedensburg verweigert in der Tageslichen Kammer, die ihm aus Willkürgründen ihre Spolien öffnet, in längeren Ausführungen das Vorhaben der Polizei in der Budgetkrisis. Er betont, daß die für die polizeiliche Aktion verantwortliche Stelle in den Maßnahmen nicht nur berechtigt, sondern sogar richtig verfahren gewesen wäre und daß die gegen ihn vorgebrachten Vorwürfe jederlei gegenüber den unermesslichen Verdiensten der Polizeivizepräsidenten hinsichtlich der Budgetkrisis nicht zu berücksichtigen sind. Die Maßnahmen sind in der Tat ein wirtschaftliches Verbrechen anlässlich der Budgetkrisis, die offenbar aus wirtschaftlichen Gründen anfänglich an dem Plan beteiligt waren, in gewissenmaßen die für Staat und Volk drohende Gefahr abzumildern verstanden.

Ausland.

Warschau, 19. Mai. General Gallier erklärte in Rosen französischen Berichtserstatterern, daß er eine Freiwilligennorme gegen die Russen ausstellen werde.

Paris, 19. Mai. Der französische Finanzminister Beret führt seinen Londoner Mißerfolg auf die Devisenpanik an der Pariser Börse zurück.

Die Toten in Warschau.

In Warschau wird die Zahl der Toten bei den letzten Kämpfen offiziell mit 300, die der Verwundeten mit 1000 angegeben, doch erklärte heute der Vizepräsident, daß die Zahl von 600 Toten und 2000 Verwundeten der Wahrheit viel näher käme. Der Vizepräsident bemerkt ferner die Bezeichnung, daß die Truppen des Generals Gallier in Rosen sich auf dem Vormarsch gegen Warschau befänden.

Amerika und die Abrüstungsfrage.

Genf, 18. Mai. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen in der heutigen Generaldebatte im Abrüstungsausschuss erklärte Gibson: Der Präsident der Vereinigten Staaten ist wie auch die amerikanischen Delegierten von dem zureichenden Glauben erfüllt, daß mit gegenwärtigen guten Willen erste Fortschritte erzielt werden können. Für eine Politik der Abrüstungseinsparungen wäre es nach Auffassung der Vereinigten Staaten angelehnt der Vollständigkeit der militärischen Bündnisse der einzelnen Länder das Beste, regionale Bündnisse abzuschließen. Was die Abrüstung der Seestreitkräfte anlangt, so wird die amerikanische Regierung sich jeder Möglichkeit anschließen, die dem Weltfrieden zur See neue Schwächen lehrt. Gibson empfahl weiter den Abschluß einer Vereinbarung, durch die dem internationalen Weltfrieden ein Ende gesetzt würde, mit dem Vermerken, derartige Vereinbarungen würden wertvolle Garantien für die nationale Sicherheit bedeuten. Er schloß mit der Forderung, daß das gegenseitige Vertrauen, das das Weltfrieden mit sich bringe, aus der Welt geschafft werden müsse.

Brasilien und der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund.

Genf, 18. Mai. Nach Abschluß der Beratungen des Abrüstungsausschusses für die Zusammenfassung des Völkerverbundes haben noch politische Besprechungen zwischen dem Botschafter von Höchst und dem brasilianischen Vertreter Monteiro stattgefunden. Monteiro hat kurz vor der Abreise des deutschen Botschafters diesen aufgesucht und ihm über die brasilianische Haltung in der Ratifizierung im Auftrag seiner Regierung Mitteilungen gemacht, die den durch die gegenseitigen Erklärungen des brasilianischen Vertreters bereits denotierten günstigen Eindruck von den Absichten Brasiliens hinsichtlich seiner Zustimmung zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund noch wesentlich zu bekräftigen geeignet hat. Bei der Abreise des Botschafters an Genf war der brasilianische Vertreter auf dem Bahnhof anwesend, um sich von Herrn v. Höchst zu verabschieden.

Frankreichs Vorbehalte gegen die Abrüstung.

Paris, 19. Mai. In den Genfer Berichten der Pariser Presse wird allgemein ausführlich aber kommentarlos über die Darstellung der deutschen Teile für die internationale Abrüstung durch den Grafen Bernstorff berichtet. Sauerwein im „Motin“ stellt über schon jetzt fest, daß ein Sieg der deutschen Teile für Frankreich wie für die kleine Entente verheerend sei. Wenn ein Krieg ausbräche, könnten wir eine Armee und eine genügende Rüstung nicht aufbringen. Deutschland dagegen mit seiner mächtigen Industrie, der methodischen Ausbildung seiner ganzen Jugend und mit seiner Reichswehr, welche durchaus als Offizierswehr gegliedert ist, hätte eine sehr beachtenswerte Ueberlegenheit. Es kann sich für uns keineswegs darum handeln, uns unter dem Vorwand der mathematischen Gleichheit der Kräfte zur Verteidigung des Landes berufen zu lassen. Wir können uns hier nicht einwickeln lassen. — Diese Argumente Sauerweins sind nicht geeignet, den französischen Standpunkt zu fügen. Frankreichs Friedensstrategie ist achtmal so hoch wie der Bestand der Reichswehr und die „methodische Ausbildung der deutschen Jugend“ im Wehrdienst besteht nur in der französischen Phantasie.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg. Sitzung des Gemeinderats vom 18. Mai. Die Beratungen für Umgestaltung und Verbesserung des Sägerwegs (Nollhandarbeit) werden dem Baumeister Franz Geiger hier zu Angebotsarbeiten übertragen.

Das Stadtbauamt wird beantragt, die Erstellung eines Grabdenkmals für den verstorbenen Stadtschultheißen Stirn vorzubereiten.

Im Schulhaus hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, für die Fahrer der auswärtigen Real- und Gewerbeschüler einen Unterkunftsraum zu schaffen. Das Stadtbauamt wird beantragt, Angebote auf Lieferung von Fahrradkäufern mit Belüftungsbaukasten einzuholen.

Der Gemeinderat stimmt der ortspolizeilichen Vorschrift, wonach die Höchstgeschwindigkeit für Fahrzeuge innerhalb Etters und auf der anschließenden Staatsstraße zwischen dem Hauptbahnhof und bis zur Einmündung der Bahnhofsstraßenstraße durchweg auf 15 Kilometer in der Stunde festgesetzt wird, zu. Die ortspolizeiliche Vorschrift ist zur Erhaltung der Sicherheit, Benutzbarkeit und Reinlichkeit auf den Straßen und zur Anwendung größerer Gehändebefähigen für hier unbedingt notwendig und es wird deshalb um höhere Genehmigung nachgesucht.

Die Festlegung des hiesigen Beitrags zu den Kosten der Verlegung des Oberbacher Weges anlässlich des Bezirkskrankenhausweiterbaus wird bis zur Voranschlagsberatung zurückgestellt.

Die Brennholzversorgung für Kriegsveteranen, Sozial- und Kleinrentner soll wie im Vorjahr durchgeführt werden.

Die Rechnungsarbeiten wurden nach den Entwürfen des Rechnungsausschusses erledigt und die Besitze des Stadtschultheißen Dr. med. vet. Wähle für die ihm außer der Stadtschultheißen- und Reichswehr obliegenden Verbindlichkeiten in Form eines Bartgeldes neu festgelegt.

Zur Durchführung des Kinderfestes anschließend an die Jahrmessung der Sängervereinigung „Freundschaft“ wird diesem Verein der übliche Beitrag von 300 R.M. bewilligt.

Zum Schluß wurden noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt und Grundstücksverhandlungen vorgenommen. K.

Neuenbürg, 18. Mai. Die Ortsgruppe Neuenbürg des Bezirks-Ober- und Gartenbauvereins hielt gestern Abend in der Restauration Schumacher ihre jährliche Generalversammlung ab, deren Zweck war ein besserer Kontakt sein dürfen. Nach Begrüßung der Teilnehmer durch Vorstand Scherer gedachte derselbe dreier verdienstvoller Mitglieder, Zimmermeister Paul König, Og. Kienle u. Grünen Baum und Emil Weisel, Kaufmann, deren treues Gedenken von den Anwesenden durch Erheben von den Säben gelehrt wurde. Aus dem nun folgenden Jahresbericht ist zu entnehmen, daß das abgelaufene Geschäftsjahr sich in etwas ruhigeren Bahnen bewegte und daß mit Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage die angefallenen Geschäfte vom Ausschuss in sechs Sitzungen erledigt wurden. Außer einer Demonstration auf den Jungfernsberg fand noch eine gut gelungene Lotterei und Flammenschau statt, mit welcher ein Vortrag von Obbauinspektor Schoal über die Schädlingsbekämpfung verbunden war. Derselbe war auch von benachbarten Vereinen besucht, speziell mit dem Völkerverbund, Ost- und Gartenbauverein habe man engere Fühlung genommen. Zu bemängeln sei leider, daß sich eben viele Mitglieder dem Verein gegenüber ganz uninteressant verhalten, was sich wohl zu ihrem eigenen Schaden auswirken dürfte. Notwendig sei daher ein gemeinsames Zusammenarbeiten, um die Ziele unserer guten Sache eher zu erreichen. Kassier J. Neuhäuser erstattete hierauf den Kassenericht, nach welchem 6232 R.M. Einnahmen 4873 R.M. Ausgaben gegenüberstehen. Der Vermögensbestand betrage 3420 R.M. Dem Kassier wurde für seine Tätigkeit der Dank der Versammlung ausgesprochen. Der Jahresbeitrag wurde für das laufende Jahr auf 1 R.M. festgesetzt, da der Bezirks-Ober- und Gartenbauverein von einer Beitragserhebung Abstand genommen hat. In Aussicht genommen ist für den Monat Juni eine Demonstration, bei welcher der Sommerfest behandelt werden soll. Stadtschultheißen Knodel als Bezirksvereinsvorsitzender hat sich bereit erklärt, die Gewinnung eines Hochmanns in die Hand zu nehmen. Ferner soll später noch eine Ausstellung in der Turnhalle stattfinden. Die Art und Weise derselben mußte noch zurückgestellt werden, bis wir dem Herbstzeitpunkt näher gerückt sind. Es wurde auch angeordnet, diese Ausstellung mit der ebenfalls geplanten Heimatausstellung des Bezirks-Turnvereins zusammen zu veranstalten, was allgemeine Zustimmung fand. Die nun folgenden Ergänzungswahlen ließen trotz verschiedener Ablehnungs-

Reichsregierung wird mit ganzer Kraft darauf sehen, die Wege, die das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten anbeutet, einzuschlagen und das durch jenes Schreiben gesteckte Ziel zu erreichen. Selbstredend wird hierdurch Bestand und Durchführung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. Mai dieses Jahres, deren Rechtmäßigkeit nicht bezweifelt werden kann, in keiner Weise berührt. Ferner möchte ich die Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vornehmlich regierenden Fürstentümern nicht unerwähnt lassen. Der Termin zum Volksentscheid ist auf den 10. Juni anberaumt worden. Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dem dem Volksentscheid unterbreiteten Gesetzentwurf über die entscheidungslose Entgegnung der Fürsten erleidet durch die Umbildung des Kabinetts keine Änderung. Die Reichsregierung wird deshalb auch den Gesetzentwurf, den die frühere Regierung gemäß einem Kompromißantrag der Regierungsparteien dem Reichstag unterbreitete und den dieser in der vorigen Woche mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen hat, dem Reichstag zur weiteren Beratung zuleiten. Die Reichsregierung distanziert sich vom Reichstag um seine Unterstützung in ihrem Bestreben, auf der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung das Wohlergehen des deutschen Volkes in allen seinen Teilen zu fördern und die Einheit des Reiches unter gleichzeitiger Wahrung der Rechte der Länder zu schützen. Nur in engstem verständnisvollem Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung ist das erstrebte Ziel zu erreichen. — Die Regierungserklärung wurde in ihrem ersten Teil von den Abgeordneten ohne besondere Anzügen angenommen. Am Schluß der Erklärung kamen Beschlüsse aus den Reihen der Regierungsparteien.

In der darauf folgenden Aussprache nahmen nur die Redner der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten zu längeren Ausführungen das Wort, während sich die Regierungsparteien mit kurzen Erklärungen begnügten. Von den Kommunisten war ein Mißtrauensantrag eingegangen, ebenso von den Nationalen. Damit schloß die Aussprache. In einfacher Abstimmung wurde darauf der Antrag des Centrums, der Demokraten, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei angenommen: Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und geht über alle anderen Anträge zur Tagesordnung über. Gegen den Antrag stimmten die

Wälfischen und Kommunisten, während die Deutschnationalen sich der Stimme enthielten. Damit waren die Mißtrauensanträge erledigt. Um 5 Uhr vertagte sich der Reichstag auf den 7. Juni, 3 Uhr nachmittags.

Die Berliner Presse zur Regierungserklärung.

Die Deutschnationalen Zeitungen nennen in ihren Kommentaren die gestrige von Reichskanzler Dr. Brüning abgegebene Regierungserklärung dürftig und inhaltslos. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt über die künftige Haltung der Deutschnationalen zum Kabinett, dessen Übergangscharakter von dem Blatt nochmals betont wird: Die politische Rechte wird nicht nur auf der Wacht, sie wird auch auf dem Sprung stehen müssen. Sie hat die absolut klare und eindeutige Auffassung, alle Tendenzen zu unterstützen und ihrerseits zu verstärken, die dem Abmarsch nach links widerstreben. Die faktische Durchführung dieser Aufgabe wird von Fall zu Fall entschieden werden müssen. Die „Tägliche Rundschau“, die es begrüßt, daß in der Regierungserklärung noch einmal die Kartverhaltung und Durchführung der Jaggenverordnung betont wird, rechtfertigt die Haltung der Deutschen Volkspartei, die die Beilegung der Regierungskrise ermöglicht habe, mit folgenden Worten: Die Deutsche Volkspartei konnte nicht anders handeln, wenn überhaupt eine Regierung zustande kommen sollte. Sie ist dabei wie so oft schon mit dem Reichspräsidenten Hand in Hand gegangen und hat sich der Aufgabe nicht verweigert, durch ein Zusammengehen mit dem Zentrum die z. B. einzig mögliche Grundlage einer Regierungsabklärung zu erhalten. Sie wird sicher alles tun, was sie kann, um der Sozialdemokratie einen Einfluß auf die Regierungspolitik freizugeben. Die „Germania“ schreibt: Das Vertrauen, das sich infolge der Vorgänge der letzten Woche zwischen Reichstag und Regierung bedenklich gelockert hatte, ist wieder hergestellt und so ist wenigstens wieder eine neue Grundlage zur Weiterarbeit und zur Weiterentwicklung geschaffen worden. Das Berliner „Tageblatt“ unterstreicht die Worte der Regierungserklärung, daß „nur im engsten verständnisvollen Zusammenarbeiten mit der Volksvertretung“ die Regierung die von ihr erstrebten Ziele erreichen wolle, und sagt: Man kann dem dritten Kabinett Brüning keinen besseren Wunsch mit auf den Weg geben als den, daß es ihm gelingt, diese Zusammenarbeit auf allen Gebieten

zu verwirklichen. Der Vorwärts, sagt über die Haltung der Sozialdemokratie zu dem Kabinett Brüning: Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern mit zu den Parteien gehört, die durch Kurvenstimmung der Regierungserklärung und Übergang zur Tagesordnung über die Mißtrauensanträge dem Kabinett Brüning die Grundlagen der verfassungsmäßigen Existenz geboten. Doch zeigt schon die mit Rücksicht auf die gewählte Form, daß ihre Stellung zum Kabinett durchaus als eine abwartende betrachtet werden muß. Das Blatt schreibt weiter: Vieles spricht dafür, daß die Mehrheit für eine künftige Regierung nicht durch Verhandlungen, sondern erst in schweren Kämpfen gewonnen werden wird. Als der erste dieser Kämpfe wird der um den Volksentscheid in Erscheinung treten. Zeigt er, daß im Volk eine Verschiebung der Meinung eingetreten ist, so kann auch der Kampf um einen neuen Reichstag nicht mehr fern sein.

Der Verfall des Franken.

Paris, 19. Mai. Auf dem Devisenmarkt herrschte heute die ungläublichste Verwirrung. Alle 10 Minuten änderten sich die Kurse sprunghaft. Der Pfund Sterling notierte vorzeitig 174 Franken, dann 167,50 und stieg auf 170. Nachmittags lag es auf 169, um dann wieder auf 172,50 zu steigen und schließlich auf 170,80. Derselben Schwankungen wies der Dollar auf, der mit 35,15 schloß. Sehr fest war heute der deutsche Mark mit 104 bzw. 102 und die italienische Lire, die 130,5 erreichte. Auf dem Effektenmarkt herrschte vollkommene Ruhe. Die Verkäufe, Käufe und Umsätze erfolgten je nach dem Stand der Devisen. Die Spekulation war außer Rand und Band. Der Markt herrschte über, daß ein harter Rückschlag der Devisen und damit der Effektenbörsen erfolgen konnte. Es ist schwach waren neuerlich französische Renten.

Amundsen gegen Robit.

Rome, 19. Mai. Amundsen ist sehr unangenehm berührt von der Tatsache, daß Oberst Robit einen Bericht über die Polarexpedition an Mussolini gefaßt hat. Er vertritt in der Zeitung in Rom eine Kopie des Berichtes zu befehlen wurde aber von dem Redakteur, der früher Vizepräsident von Rom war, sehr unfreundlich abgewiesen. Die Verhältnisse von Rom haben hinter dem Redakteur, denn ihre ablehnende Haltung gegen Amundsen hält an.

Bekanntmachung.

Das Handels- und Gewerbeamt Stuttgart hat gemäß § 7 Abs. 1 b der Väterverordnung vom 23. November 1918) R. G. Bl. S. 1329) gestattet, daß in Väter- und Kindertoren am Samstag, den 22. Mai 1926 wegen des starken Geschäftsanfalls an diesem Tag um 3 Uhr morgens mit den Arbeiten zum Herstellen von Väter- und Kindertoren begonnen werden kann.

Dabei wird davon ausgegangen, daß den Gehilfen für geleistete Nacht- und Mehrarbeit eine angemessene Entschädigung von den Arbeitgebern gewährt wird.
Neuenbürg, den 19. Mai 1926.

Oberamt:
Amtmann Dr. Fedel.

Würt. Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragung in das Handelsregister, Abt. f. Ges. Firmen vom 17. Mai 1926 bei der Firma: Handelsbetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Wildbad: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zum Liquidator ist bestellt Regierungsrat Theodor Carl in Karlsruhe.

Zahlungsaufforderung.

Die Wohnsteuer und die Feuerwehraufgabe für die Zeit vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 sind zur Zahlung verfallen und bis spätestens 30 Juni 1926 hierher zu entrichten. Nach Ablauf dieses Zeitpunkts erfolgt Zwangsversteigerung.

Am Dienstag den 25. Mai, abends 7 1/2 Uhr, werden auf dem Rathaus

4 Schlagraumlose vom Alten Hau und das Gras von den Waldwegen im Schönbügel verkauft.

Birkenfeld, den 19. Mai 1926.
Gemeindeverwalter: Bolay.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Bezirk Neuenbürg.

Da der

Ganausflug nach Heidelberg

bestimmt am 19. und 20. Juni stattfindet, werden die Ortsgruppen-Vorsitzenden ersucht, möglichst für zahlreiche Teilnahme Sorge zu tragen und die Zahl der Teilnehmer bis 25. Mai an den Gau und Bezirk einzusenden, da für unsere Bezirk wahrcheinl. Sonntagsfahrkarten in Frage kommen. Das Nähere für die Mitglieder ist bei den Ortsgruppen-Vorsitzenden zu erfahren.

Auch Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen.
Die Bezirksleitung.

Zainen-Gompelschauer.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, auf diesem Wege Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

kirchlichen Trauung

am Pfingstmontag in Liebenzell

freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Hr. Wurke,

Sohn des M. Wurke, Holzhauers in Zainen.

Friedrike Sturm,

Tochter d. Jol. Sturm, Holzhauers in Gompelschauer.

Kirchgang 12 Uhr.

Forstamt Neuenbürg. Reißig- und Schlagraum-Berkauf

am Samstag, den 22. Mai 1926, nachm. 3 Uhr, an der Försterwiese: 18 Lose aus Abtlg. Steinbruch, Rotenbach, Hagwiese und Haag; anschließend (etwa 4 Uhr) an der Epachbrücke: 6 Lose aus Abt. Kangel und 2 Lose Scheidholz aus Schwabtsch und Rasch.

Würt. Forstamt Wildbad. Nadel-Stammholz-Berkauf

Im schriftlichen Ausschreib am Dienstag, den 1. Juni 1926, vormittags 10 Uhr, in Wildbad im Hotel „Sonne“ aus Staatswald Forst bei Kollwasser, Spollenhaus u. Meistern: Fo.: Langh. mit Fm.: 33 I., 145 II., 258 III., 107 IV., 36 V., 5 VI. Fo.: Sägholz mit Fm.: 19 I., 51 II., 18 III. Fi. und La.-Langholz mit Fm.: 754 I., 549 II., 385 III., 182 IV., 128 V., 30 VI. Fi. und La.-Sägh.: Fm.: 144 I., 116 II., 34 III. Klasse. Losverzeichnis und Angebotsdrucke durch die W. Forstdirektion, G. f. S., Stuttgart.

Würt. Forstamt Wildbad. Oberförsterstelle Wildbad. Nadelholz-Stangen- und Schnitt-Derbholz-Berkauf

am Dienstag, den 1. Juni 1926, nachmittags 2 Uhr, in Wildbad im Gasthof zum „Schwarzwaldbhof“ aus Staatswald Eyach- und Ob. Eibergforst: Bauft.: 266 Ia, 238 Ib, 181 II., 96 III.; Haght.: 41 I., 170 II., 313 III.; Hopfenstangen: 269 I., 756 II., 255 III., 260 IV., 520 V.; Redht.: 1275 I., 90 II. Klasse. Beigholz: Km.: Papierholz: 3 I., 6 II., 32 III. Klasse; Nadelh.-Sätr. I. Anbr.: Su. 135, Bi. 2, Nadelh. 504. Losverzeichnis durch die Forstdirektion, G. f. S., Stuttgart.

Oberhausen.

Verkaufe ein 1/4 Jahre altes

Zucht-Rind,

tausche auch gegen trüchtige Kalbin od. jüngere Kuh ein
Erich Wolfinger
b. d. Schule.

Oberamt Stadt Neuenbürg. Wegen Regnarbeiten ist der Sägeweg vom Eifenfuchsweg bis zur Stadt vom Dienstag, den 25. Mai ds. Jrs. bis auf weiteres gesperrt.

Ortsvorsteher:
Knobel.

Würt. Forstamt Ditzau. Beigholz-Berkauf

am Samstag, den 29. Mai 1926, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Girch“ in Oberreichenbach aus Staatswald Beckenhardt, Abt. 9 Pabichtsfang, 10 Kadennij, 11 Bohnetenwald, 15 Sperberholz, 16 Neubronnen, 25 Blindberg, 32 Blindbachhalde, 27 Madmih: Km.: Buch.: 1 Klobh.; Nadelh.: 4 Sätr., 115 Brgl., 15 Klobh., 278 Aussch. Losverzeichnis durch die Forstdirektion, G. f. S., Stuttgart.

Fußball-Verein Neuenbürg.

Am Freitag, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasth. „Adler“ Monats-Versammlung statt. Pünktliches und vollständiges Erscheinen dringend erforderlich. Die Spieler der I. und II. Mannschaft werden besonders vollständig erwartet.
Der Aussch.:

Flomink Kauf, Verkauf, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Anmietung!

Kotensol.

Eine mit dem zweiten Kalb 35 Wochen trüchtige

Aus- und Zucht-Rind

legt dem Verkauf aus
Karl Berwed.

Stempel-Riffen und Stempel-Farbe

stets vorrätig in der
E. Mecklen Buchbldg.
Inh.: D. Strom.

Für die Pfingstreise!

- | | |
|---------------|----------------------------|
| Herren-Hemden | Für Kinder: |
| Sporthemden | Kieler Waschanzüge |
| Cravatten | Tiroler Anzüge |
| Windjacken | Blegle's Sweater u. Anzüge |
| Codenmäntel | Dirndl-Kleider |
| Rucksäcke | Kieler Waschkleider |
| Sportstrümpfe | Kieler Waschlufen |
| Pullover | Falten-Röcke |
| Strickjacken | Strümpfe u. Söckchen |
| Strickwesten | |

Größte Auswahl, billigste Preise!

Carl Barth,

Metzgerstr. 27 Pforzheim Metzgerstr. 17

Berndach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Pfingstmontag, den 24. Mai 1926

stattfindenden

Hochzeits-Freier

in das Gasthaus zum „Bären“ in Berndach freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Karl Wildemann,

Sohn des + Friedrich Wildemann, Bauers.

Emilie Pfeifer,

Tochter des Leopold Pfeifer, fröh. Gemeindefreier.

Kirchgang 1 Uhr in Berndach.

Pfingst-Angebote!

Konfektions-Anzüge, Gummi- und Loden-Mäntel, Sommer-Konfektion, Herren-Stoffe

gebe ich weit unter Preis ab.

August Wilhelm, Pforzheim, Wehl. 25.
Telefon 2525. i. S. Väterzeitung. Kein Laden.

